

## Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2012 in Basel

**Vorsitz:** Christian Levrat  
**Protokoll:** Kristina Schüpbach  
**Anwesend:** Ca. 170 Delegierte

Anmerkung des Protokolls:

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

### 1. Eröffnungsgeschäfte

Die Delegiertenversammlung wird von Stéphane Rossini, Vizepräsident der SP Schweiz, eröffnet. Anschliessend begrüsst die Accapella-Gruppe „Six Chicks“ mit einer musikalischen Einlage die Delegierten und Gäste. Es folgt ein Grusswort von Martin Lüchinger, Präsident SP Basel-Stadt und Grossrat, er wünscht allen eine erfolgreiche Delegiertenversammlung in Basel. Eine weitere Willkommensbotschaft richtet Hans-Peter Wessels, Regierungsrat BS an die Versammlung.

#### Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

**Beschluss:** Es werden folgende StimmzählerInnen gewählt: Martin Pfister, Han von der Kleij, Martin Rüegg, Benedikt Knobel, Andreas Berz, Natalie Blondel, Christian Joss, Verena Hoffmänner, Hans Wunderli

**Beschluss:** Es werden folgende StellvertreterInnen gewählt: Marco Kistler, Tim Cuénod, Tamara Gianera, Barbara Kern, Rolf Wendelspiess, Mireille Aubert, Meret Herger, Barbara Berger, Philippe Zimmermann

#### Wahl der Mandatsprüfungskommission

**Beschluss:** Monika Bolliger und Andrea Bauer werden stillschweigend gewählt.

#### Tagesordnung

**Antrag:** Wechsel der Punkte 8 und 10

**Beschluss:** Die aktualisierte Traktandenliste gemäss Tischvorlage, mit dem Wechsel der Traktandenpunkte 8 und 10 wird genehmigt.

#### Protokoll der DV vom 23. April 2012 in La-Chaux-de-Fonds

**Beschluss:** Das Protokoll wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

### 2. Mitteilungen

Stéphane Rossini erinnert daran, dass alle Anträge für den Parteitag bis nächsten Montag, 25. Juni eingereicht werden müssen.

Er weist weiter darauf hin, dass Unterschriftenbogen für die Erbschaftssteuerinitiative in Umlauf sind und unterschrieben werden können.

Weiter informiert er über die Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz am 30. Juni in Luzern, an der die neue Initiative der JUSO Schweiz, die Spekulationsstopp-Initiative lanciert werden soll.

Stéphane Rossini informiert auch über die Anträge zum Migrationspapier, es sind ... Anträge eingegangen. Die Anträge werden von der Geschäftsleitung bearbeitet und den Delegierten für den Parteitag wird am ... die überarbeitete Fassung des Migrationspapiers zugestellt. Die Antragsfrist für die zweite Runde endet am ...

### 3. Rede Christian Levrat

Das Referat von Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz und Ständerat des Kantons Freiburg, kann auf der Website der SP Schweiz [www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch) heruntergeladen werden.

### 4. Debatte zum Thema Gleichstellung

Christian Levrat leitet in die Debatte zum Thema Gleichstellung ein.

Stéphane Rossini stellt den Antrag der Geschäftsleitung vor: Die SP hat sich immer kämpferisch für die Gleichstellung eingesetzt. Vor einem Jahr hat die DV sich entschlossen, die Debatte zur Frage, wie die SP ihre Gleichstellungspolitik umsetzt neu zu eröffnen. Es stellt sich insbesondere die Frage nach der Gleichstellungspolitik innerhalb der Partei und der zukünftigen Rolle der SP Frauen. Ich hatte das Vergnügen, eine Arbeitsgruppe zu leiten, die sich mit diesen Fragen beschäftigt hat und eine ganze Reihe von konkreten Anträgen erarbeitet hat.

Barbara Stalder, SP Frauen Kanton Bern spricht zum Antrag 2: Die SP Frauen begrüßen die Betonung der Bedeutung der Gleichstellungspolitik für die Partei. Wir möchten jedoch betonen, dass wir für eine Weiterführung der SP Frauen plädieren. Im Antrag 2 fordern wir ... Zum Antrag 3: Uns ist es wichtig, dass am 4. August ein definitives und konsolidiertes Papier vorliegt. Wir werden das Papier in den SP Frauen am 8. August diskutieren. Klar ist, dass der Gleichstellungsrat auf keinen Fall den SP Frauen übergeordnet sein darf. Die Stärkung der Gleichstellungspolitik wird etwas kosten, das darf auf keinen Fall auf Kosten des Budgets der SP Frauen geschehen.

Andrea Arezina, Präsidentin SP Baden spricht zum Antrag 3: In den Diskussionen in der Arbeitsgruppe sind wir uns schnell einige geworden: Gleichstellung betrifft beide Geschlechter. Es ist Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen. Wir dürfen uns nicht länger hinter t verstecken. Wir wollen keine Doppelgremien, deshalb sollen auch alle Ressourcen und Kompetenzen im Gleichstellungsrat gebündelt werden. Hören wir auf, uns hinter Formalien zu verstecken, wir wissen was wir wollen, entscheiden wir uns heute. Alle Mittel, alle Ressourcen, alle Kompetenzen sollen im Gleichstellungsrat vereint sein, und dort haben alle Platz. Beginnen wir nach einem Jahr nur struktureller Diskussionen diese Diskussion mit Inhalten zu füllen. Wir wollen diese Gleichstellungspolitik auf die politische Agenda bringen, und zwar ganz nach oben.

*Diskussion:*

Mariela Muri-Guirales, SP Frauen: Zum Punkt 1 im Antrag der GL. Man spricht nach wie vor von Menschenrechten, das tönt auf Französisch immer noch nach Männerrechten. Ich möchte vorschlagen, dass generell der Sprache mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ich möchte euch auffordern, heute zu sagen, dass der Gleichstellungsrat gemeinsam mit den SP Frauen die Arbeit machen muss. Die SP Frauen hat hier schon verdammt viel getan.

Verena Hofmänner, SP Frauen: Zum Antrag 3: Andrea Arezina fordert, dass der Gleichstellungsrat anstelle der SP Frauen geschaffen werden sollen. Ich rufe sie auf: Arbeiten sie mit uns zusammen!

Marco Kistler, SP Glarus Nord: Zum Antrag 3: Ich fordere euch auf, Antrag 3 anzunehmen. Gleichstellungspolitik im ursprünglichen Sinn kann nur von Frauen und Männern gemeinsam angegangen werden. Vor zwei Jahren hat sich eine Gruppe von jungen SozialdemokratInnen begonnen, Gedanken zur Zukunft der Gleichstellungspolitik der SP zu machen. Vor einem Jahr haben wir das Thema an einer DV diskutiert, danach fanden unzählige Sitzungen und Tagungen statt. Und es haben sich sehr viele Personen beteiligt, und eben nicht nur JUSOs, sondern auch junge SozialdemokratInnen.

Wir fordern mit diesem Antrag, diesen Prozess zu beschleunigen.

Tanja Walliser, SP Bern: Zum Antrag 3: Ich möchte die Befürchtungen, die vorhin geäussert wurden, besänftigen. Ihr, liebe SP Frauen habt gekämpft, dafür möchten wir euch danken. Wir wollen nicht, dass ihr nicht mehr leben könnt, wir wollen die Diskussion über die Gleichstellungspolitik beflügeln. Die SP soll eine Bewegung für Gleichstellung anführen. Bitte bremsst uns nicht, wir wollen anfangen.

Yvonne Feri, Nationalrätin Aargau: Der Antrag der GL soll unbedingt unterstützt werden. Die Strukturveränderungen müssen im Gesamtkontext der SP angeschaut werden.

Barbara Berger, Zu Antrag 3: Wir haben ein Jahr lang diskutiert, nicht nur Strukturen, wir haben Strategien diskutiert. Ich freue mich auf die Arbeit, auf die Kampagnen die wir lancieren werden. Ich habe gelernt, dass Strukturen wichtig sind. Der Antrag der GL sieht vor, dass bis zum Parteitag alle Gremien miteinbezogen werden, die bisher mit Gleichstellungspolitik beschäftigt waren, miteinzubeziehen. Ich bitte euch, uns diese zwei Monate noch zu geben.

Dany Demuth, SP Basel Stadt, Zu Antrag 3: Wenn man einen Prozess verlangsamen wird, dann gründet man eine Arbeitsgruppe. Ich bitte euch, jetzt hier ein zu entscheiden, damit wir beginnen können. Ich weiss nicht was das für eine Angst der SP Frauen ist, die SP Frauen werden nicht ausradiert.

Stéphane Rossini für die Geschäftsleitung: Zu Antrag 2: Es ist Ziel der GL, diese Gleichstellungspolitik werde Realität werden, dafür braucht es Ressourcen und die wollen wir zur Verfügung stellen. Ich möchte noch ein Wort sagen zum Antrag 2: Ich möchte euch auffordern, diesen Antrag abzulehnen. Es ist wichtig, dass wir die Arbeit erst nehmen, die bisher geführt wurde. Wir sind in einem Prozess mit einer klaren Stossrichtung, ich bin es leid euch zu sagen, ich fühle mich im falschen Film. Gemeinsam haben wir diesen Antrag (der Geschäftsleitung) gestellt. Zu sagen, eine Arbeitsgruppe verlangsamt, ist ein Schlag ins Gesicht jener, die ganze Samstags gearbeitet haben. Es nützt nichts, eine Überstützung zu machen. Wir sind im Grundsatz einer Meinung. Ich habe den Eindruck, es herrscht ein gewisses Misstrauen gegenüber den Parteigremien. Mitnichten wollen wir die SP Frauen ausschliessen, es braucht alle! Wir wollen heute nicht ein die einen gegen die anderen.

## **Antrag der SP Frauen Schweiz**

### **A-2: Änderungsantrag zum Antrag A-1 der Geschäftsleitung**

**Die SP Frauen Schweiz stützen im Grundsatz den von der GL vorgeschlagenen Antrag. Folgende Ergänzungen sollen jedoch in den einzelnen Punkten aufgenommen werden (fett markiert):**

1. ***Antrag Geschäftsleitung:** Die Gleichstellungspolitik muss als zentraler Pfeiler der sozialdemokratischen Politik gestärkt werden. Deshalb benötigt die SP Schweiz eine umfassende, breiter als heute gefasste Strategie, um ihre Geschlechter- und Gleichstellungspolitik formulieren und umsetzen zu können. Die Umsetzung der menschenrechtlichen Vorgaben zur Verhinderung der Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung sind dabei die Leitlinien. Denn das Gebot der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung aufgrund des Geschlechts ist eine der grundlegendsten Normen der Allge-*

meinen Menschenrechtserklärung und der Menschenrechtsverträge der UNO und des Europarates, welche die Schweiz ratifiziert hat.

Antrag SP Frauen:

Ergänzen mit: „...um ihre Geschlechter- und Gleichstellungspolitik formulieren und umsetzen zu können. **Dementsprechend müssen die nötigen Ressourcen bereitgestellt und eine geschlechtergerechte Budgetanalyse für das SP Budget eingeführt werden.** Die Umsetzung der menschenrechtlichen Vorgaben ...“.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme Antrag A-2 1.

2. Antrag Geschäftsleitung: Für die Umsetzung dieser umfassenderen Strategie wird ein Gleichstellungsrat geschaffen, der von einem Co-Präsidium, das aus einer Frau und einem Mann besteht, geleitet wird. Dieser Rat soll künftig die gesamte Gleichstellungsarbeit der Partei verantworten sowie insbesondere politische Inhalte erarbeiten sowie entsprechende Kampagnen durchführen.

Antrag SP Frauen:

Ergänzen mit „...das aus einer Frau und einem Mann besteht, geleitet wird und **der paritätisch zusammengesetzt ist.** „

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme Antrag 2

3. Antrag Geschäftsleitung: In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe und den SP Frauen werden bis zum Parteitag vom 8./9. September 2012 in Lugano die Entscheidungsgrundlagen für die Schaffung eines Gleichstellungsrats ausgearbeitet sowie darzulegen, wie sich der Gleichstellungsrat formell konstituieren/bilden soll. Ferner muss dem Parteitag ein Vorschlag über die künftige Rollenverteilung zwischen dem Gleichstellungsrat und den SP Frauen präsentiert werden.

Antrag SP Frauen:

Ausformulierung: **“Welche Arbeitsgruppe ist hier gemeint? Und wer wird konkret in die Konstituierung einbezogen?“**

Forderung/Ergänzen: **Die SP Frauen benötigen den definitiven Vorschlag zur Konstituierung bis am 4. August 2012, damit dieser ordentlich an der Frauenkonferenz vom 18. August 2012 diskutiert und verabschiedet werden kann.**

**Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme**

Begründung: „Die Arbeitsgruppe Gleichstellungsstrategie arbeitet bis zum 4. August 2012 zuhnden des Parteitags vom 8./9. September 2012 in Lugano die Entscheidungsgrundlagen für die Schaffung eines Gleichstellungsrats aus und legt dar, wie sich der Gleichstellungsrat formell konstituieren/bilden soll. Ferner muss dem Parteitag ein Vorschlag über die künftige Rollenverteilung zwischen dem Gleichstellungsrat und den SP Frauen präsentiert werden. In der Arbeitsgruppe sind die SP Frauen, die Gleichstellungsdelegation, die Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität sowie die Gruppe junger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten je mit zwei Stimmen vertreten. Als Vertreter des Parteipräsidiums präsidiert Stéphane Rossini die Arbeitsgruppe.“

Begründung: Mit diesen Präzisierungen soll die fristgerechte Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen sichergestellt werden.

4. *Antrag Geschäftsleitung: Bis zur geplanten DV vom 1. Dezember 2012 soll zudem die Aufteilung der finanziellen Mittel zwischen dem Gleichstellungsrat und den SP Frauen vereinbart werden.*

Antrag SP Frauen:

Absatz ergänzen mit: „**Dabei stehen mehr Mittel zur Verfügung als jene 4,3 Prozent des Gesamtbudgets der SP Schweiz die den SP Frauen zur Verfügung stehen.**“

### **Empfehlung der Geschäftsleitung: Entgegennahme zuhanden der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember 2012**

Begründung: Das Budget 2013 wird erst anlässlich der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember 2012 behandelt werden.

## **Anträge zum Gleichstellungsrat**

### **A-3: Änderungsanträge zum Antrag A-1 der Geschäftsleitung**

*Antragsstellende: Andrea Arezina, SP Baden, Tanja Walliser, SP Bern, Severin Toberer, SP Zürich, Marco Kistler, SP Glarus, Christina Klausener, SP Frauen, Linda Bär, SP Zürich, Stefan Krattiger, SP Bern, Vera Ziswiler, SP Zürich 11, Patrick Angele, SP Dübendorf, Jon Pult, SP Graubünden, Andreas Burger, SP Zürich, Thomas Hirter, SP Bern, Christian Oswald, SP Langnau, Emanuel Wylar, SP Zürich, Mattea Meyer, SP Winterthur, Claudio Marti, SP Basel-Stadt*

#### **Ausgangslage**

Wir begrüßen die Bereitschaft der Geschäftsleitung eine Strategie zur Neuausrichtung der Gleichstellungspolitik der SP Schweiz voranzutreiben.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass die SP Schweiz in der Vergangenheit die Gleichstellungspolitik fälschlicherweise an die SP Frauen delegiert hat, sich damit aus der Pflicht genommen hat und Gleichstellung damit zum Randthema hat werden lassen. Wir wollen, dass Gleichstellungspolitik wieder ins Herz der SP kommt.

Die nun vorliegende Strategie entspringt den Diskussionen aus den Tagungen der Arbeitsgruppe, an der alle Interessierten teilnehmen konnten.

Dieses Papier und der Antrag der GL verfehlen allerdings das Ziel. Mit dem Vorschlag der Geschäftsleitung bleiben die relevanten Fragen in der Umstrukturierung der Gleichstellungspolitik der SP ungeklärt, faktisch bliebe es beim Status quo. Die Frage der Verteilung der Kompetenzen und Ressourcen ist zentral und wird mit dem Vorschlag der GL offen gelassen. Wir sind der Überzeugung, dass wir es nur dann schaffen, eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik zu entfalten wenn die Mittel gebündelt werden und eine einheitliche Strategie alle gleichstellungspolitischen Kommissionen umfasst.

#### **Änderungsantrag zum Antrag der Geschäftsleitung**

*Zu Punkt 2 im Antrag GL: Für die Umsetzung dieser umfassenderen Strategie wird ein Gleichstellungsrat geschaffen, der von einem Co-Präsidium, das aus einer Frau und einem Mann besteht, geleitet wird. Dieser Rat soll künftig die gesamte Gleichstellungsarbeit der Partei verantworten sowie insbesondere politische Inhalte erarbeiten sowie entsprechende Kampagnen durchführen.*

Antrag: Ergänzen mit: „..... sowie entsprechende Kampagnen durchführen. **Er koordiniert die Arbeit aller gleichstellungspolitischer Gremien. Der Gleichstellungsrat entscheidet über die**

**Aufteilung der Ressourcen auf die Gremien (Gleichstellungsrat, SP Frauen, Gleichstellungsdelegation, Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität). Dabei muss gewährleistet sein, dass die verschiedenen Gremien ihre Aufgaben wahrnehmen können. Um diese Strategie dementsprechend in den Gremien der SP Schweiz zu vertreten und der Gleichstellungspolitik das entsprechende Gewicht zu verleihen, gehen die Mitbestimmungsrechte am Parteitag, in der DV und in der GL der jetzigen gleichstellungspolitischen Gremien an den Gleichstellungsrat über.**

**Der Gleichstellungsrat setzt sich aus 20-30 gewählten Mitgliedern zusammen. Zur Seite gestellt erhält er ein 80 % Sekretariat.“**

#### **Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung**

Begründung: Der Arbeit der Arbeitsgruppe Gleichstellungsstrategie soll nicht vorgegriffen werden und diese statuarischen und finanziellen Fragen am Parteitag am 8./9. September bzw. an der Delegiertenversammlung am 1. Dezember 2012 geklärt werden.

Zu Punkt 3 im Antrag GL: *In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe und den SP Frauen werden bis zum Parteitag vom 8./9. September 2012 in Lugano die Entscheidungsgrundlagen für die Schaffung eines Gleichstellungsrats ausgearbeitet sowie darzulegen, wie sich der Gleichstellungsrat formell konstituieren/bilden soll. Ferner muss dem Parteitag ein Vorschlag über die künftige Rollenverteilung zwischen dem Gleichstellungsrat und den SP Frauen präsentiert werden.*

Antrag: Punkt 3 neu: **„Gemäss Punkt 2 dieses Antrages werden dem Parteitag vom September die entsprechenden Statutenänderungen vorgelegt.“**

#### **Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung**

Begründung: Der Arbeit der Arbeitsgruppe Gleichstellungsstrategie soll nicht vorgegriffen werden und diese statuarischen und finanziellen Fragen am Parteitag am 8./9. September bzw. an der Delegiertenversammlung am 1. Dezember 2012 geklärt werden.

#### **Abstimmung:**

Christian Levrat stellt den Antrag 1 der Geschäftsleitung mit von der Geschäftsleitung zur Annahme empfohlenen Änderungen von Antrag 2 dem Antrag 3 zur Abstimmung gegenüber.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung des Antrags 3 zugunsten des Antrags 1 und 2

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Mit knapper Mehrheit Ablehnung des Antrags 3, Annahme des Antrags 1 und 2

## 5. Wahl der vorgeschlagenen Co – Generalsekretärinnen SP Schweiz

Unterlagen zu den Kandidatinnen finden sich in der separaten Beilage.

Christian Levrat erläutert den Vorschlag der Geschäftsleitung und stellt die beiden KandidatInnen vor.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Die Geschäftsleitung beantragt zu Händen der Delegiertenversammlung in Basel am 23. Juni 2012, das Generalsekretariat einer Co-Leitung anzuvertrauen und den Delegierten Flavia Wasserfallen und Leyla Gül zur Wahl zu empfehlen.

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Einstimmige Wahl von Leyla Gül und Flavia Wasserfallen als Co-GeneralsekretärInnen der SP Schweiz.

Flavia Wasserfallen und Leyla Gül danken den Delegierten herzlich für ihre Wahl. Die vollständigen Reden können unter [www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch) heruntergeladen werden.

## 6. Ordnungsantrag: Rückkommen zum Traktandum „Debatte zum Thema Gleichstellung“

Christian Levrat: Wir haben einen Ordnungsantrag auf Rückkommen auf den Antrag zur Gleichstellung.

Claudio Marti, SP Basel West: Es sind vorhin viele Leute zu mir gekommen, sie seien nicht draus gekommen, über was abgestimmt wurde, sie waren überfordert vom Vorgehen. Es ist mir klar, dass die Anträge 2 der SP Frauen unbestritten sind und wir deshalb über diese nicht mehr unbedingt abstimmen müssen. Aber die Anträge unter A-3 sind Ergänzungen zum Antrag A-1, wir müssen deshalb zuerst über diesen Antrag abstimmen und dann über den Antrag A-1.

Christian Levrat: Der Antrag A-3 unterscheidet sich vom Antrag A-1 wesentlich. Es handelt sich nicht ausschliesslich um Ergänzungsanträge. Ich bin aber bereit, zuerst eine Bereinigung durchzuführen und dann eine Schlussabstimmung.

### Bereinigung:

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme der Anträge A-1 und A-2, Ablehnung des Antrags A-3

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Anträge A-1 und A-2 werden mit 95 zu 68 Stimmen mit 3 Enthaltungen angenommen.

### Schlussabstimmung:

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme des bereinigten Antrags der Geschäftsleitung

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Der bereinigte Antrag der Geschäftsleitung wird mit grossem Mehr und zahlreichen Enthaltungen angenommen.

## 7. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Die Rede von Bundesrätin Simonetta Sommaruga kann unter [www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch) heruntergeladen werden.

## 8. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 23. 9. 2012

### I) Bundesbeschluss vom 15. März 2012 über die Jugendmusik-förderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik»)

David Roth begrüsst Yvone Feri, Nationalrätin aus dem Kanton AG. Sie erläutert den Bundesbeschluss über die Jugendmusik-förderung.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** JA-Parole zum Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung. Bei der Vorlage handelt es sich um den Gegenentwurf

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** JA-Parole mit grossem Mehr und einigen Gegenstimmen

### II) Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Sicheres Wohnen im Alter»

Marina Carrobbio, Nationalrätin Tessin und Vize-Präsidentin SP Schweiz plädiert für die NEIN-Parole zur Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** NEIN-Parole

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Einstimmig NEIN-Parole

### III) Volksinitiative vom 18. Mai 2010 «Schutz vor Passivrauchen»

Max Chopard, Nationalrat Kanton Aargau spricht zur Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“ und empfiehlt den Delegierten die JA-Parole.

*Diskussion:*

Sarah Wyss: Wir haben dieses Gesetz in Basel-Stadt und es funktioniert nicht, überall gibt es Raucherlokale. Wir ändern die Gesellschaft nicht mit Gesetzen. Ich empfehle euch, die NEIN-Parole zu beschliessen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** JA-Parole

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Mit 70 zu 12 Stimmen wird die JA-Parole beschlossen.

## 8. Sektionsgründung AI: Grussbotschaft Martin Pfister

Jacqueline Fehr gibt dem Gründer der neuen SP-Sektion im Kanton Appenzell Innerrhoden, Martin Pfister, das Wort.

Martin Pfister dankt für die Gelegenheit, das Wort an die Delegierten zu richten und erläutert die vergangenen und zukünftigen Projekte der SP Appenzell-Innerrhoden.

Hildegart Fässler, Nationalrätin St. Gallen freut sich ausserordentlich über die Gründung der SP im Kanton Appenzell Innerrhoden und gratuliert herzlich.

Jacqueline Fehr bedankt sich im Namen des Präsidiums, der Geschäftsleitung und im Namen aller bei Martin Pfister und allen anderen Beteiligten für ihren grossen Einsatz. Sie lädt ausserdem alle herzlich ein, am Gründungsfest der SP Appenzell Innerrhoden am ... teilzunehmen.

Jacqueline Fehr weist an dieser Stelle auf das Buch zum 125-jährigen Jubiläum der SP Schweiz hin, das mit dem Talon bestellt werden kann.

## 9. Reformprojekte der SP Schweiz: Aufwertung der Fachkommissionen sowie Wahl der neuen Präsidien

Da die ausländischen Gäste noch nicht eingetroffen sind, wird das Traktandum 10 (ehemals 8) vorgezogen.

Andy Tschümperlin erläutert das Ziel der Partei, die Fachkommissionen aufzuwerten. Es müssen heute 4 Präsidien der Fachkommissionen neu gewählt werden.

### **Empfehlungen der Geschäftsleitung:**

Präsidium der Fachkommission für Landwirtschaftspolitik: Beat Jans

Co-Präsidium der Fachkommission für Migration und Integration: Bea Heim und Cesla Amarelle

Präsidium der Fachkommission für Verkehr und Kommunikation: Edith Graf-Litscher

Co-Präsidium der Fachkommission „Sexuelle Orientierung und Identität“: Margret Kiener Nellen und Alan David Sangines

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Alle vorgeschlagenen KandidatInnen werden einstimmig gewählt.

## 10. Statutarische Geschäfte

Das Traktandum 11 wird ebenfalls vorgezogen.

### **Verabschiedung Rechnung 2011:**

Stefan Hostettler erläutert einige Punkte zur Rechnung und verweist auf die versandten Unterlagen.

**Empfehlungen der Geschäftsleitung:** Annahme der Rechnung 2011

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Rechnung 2011 wird einstimmig genehmigt.

Stefan Hostettler dankt der Rechnungsverantwortlichen Karin Mader und der Revisionsstelle für die geleistete Arbeit.

#### **Antrag A-4 Nachtragskredit für eine zusätzliche Delegiertenversammlung am 1. Dezember 2012:**

**Empfehlungen der Geschäftsleitung:** Annahme

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Der Antrag der GL wird einstimmig angenommen

Heinz Weber, SP Aesch: Plädiert dafür, auch bei Werbeartikeln nur nach ökologischen und sozialen Kriterien zertifizierte Produkte zu verwenden.

Stefan Hostettler nimmt diese Anregungen gerne auf.

#### **11. Politischer Schwerpunkt: Ein anderes Europa ist möglich: Die sozialdemokratische Alternative**

Jacqueline Fehr führt in das Traktandum zum politischen Schwerpunkt ein und begrüsst die drei RednerInnen, Catherine Tratumann, Vasco Pedrina und Peter Friedrich.

Reden

Christian Levrat stellt die Resolution R-1 "Für ein solidarisches und prosperierendes Europa" der Geschäftsleitung der SP Schweiz vor.

*Diskussion:*

Roland Näf, Präsident SP Kanton Bern: Es hat in dieser Resolution neben den Fragen der sozialen Gerechtigkeit einen zweiten roten Faden. Man findet fünf Mal das Wort Wachstum. Ich vermute hinter diesem Wort, auch in der SP, eine neoliberale Logik. Wir haben in Europa nicht ein Wachstumsproblem, sondern ein Verteilungsproblem. Ich stehe ein für eine Vision für weniger Ungleichheit aber nicht für eine Vision, die weniger Lebensgrundlagen impliziert. Wir brauchen eine Vision ohne neues Wachstum. Zusammengefasst: Ich sehe viel gutes in dieser Resolution, aber diesen roten Faden mit dem Wachstum, dahinter kann ich nicht stehen, ich werde mich enthalten.

Walter Suter stellt als deren Präsident kurz die SP Schweiz International vor. Die SP Schweiz International steht voll hinter dieser Resolution.

Tim Cuénod, SP Basel-Stadt: Ich möchte ein paar Dinge zum Statement von Roland Näf erwidern. Natürlich sollten wir als SP eine einseitige Wachstumsstrategie nicht unterstützen. Bitte stimmt der Resolution zu.

Hans-Jürg Fehr stellt die zweite Resolution R-4 „Resolution zu den Freihandelsverhandlungen mit Indien und China“ der Geschäftsleitung der SP Schweiz vor.

#### **Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz**

##### **R-1: Für ein solidarisches und prosperierendes Europa**

Mit dem Amtsantritt von Präsident François Hollande darf Europa endlich wieder hoffen. Unter dem Spar-Diktat Berlins wurden in den vergangenen Monaten die Mitgliedstaaten trotz Massenarbeitslo-

sigkeit und Rezession zu einer unverantwortlichen Austeritätspolitik gezwungen. Die Folgen dieser neoliberalen Politik allein im Dienste der Finanzmärkte waren für die breite Bevölkerung insbesondere in den südlichen Mitgliedstaaten katastrophal. Gelitten hat unter dieser Politik, die der EU vom deutsch-französischen Führungsduo Merkel-Sarkozy aufgezwungen worden ist, auch die Reputation Europas, weil für viele Bürgerinnen und Bürger Europa nicht mehr als ein Instrument zur Krisenbewältigung, sondern als Teil des Problems gesehen wurde. Das ist verständlich.

Das neu sozialistisch geführte Frankreich fordert nun einen radikalen Kurswechsel: Weg von einer dogmatischen Spar-Logik, hin zu einer nachhaltigen Wachstumsvision im Interesse aller statt nur einiger weniger Finanzmarktakteure.

Die SP Schweiz begrüsst diesen lange überfälligen Paradigmenwechsel, wie er seit längerem von der europäischen Sozialdemokratie verlangt und Anfang Juni mit dem „Pakt für Wachstum und Arbeit in Europa“ nochmals bekräftigt worden ist. Darin wird erneut klar postuliert, dass der Kontinent mit Budgetdisziplin allein nie aus der aktuellen Krise herausfinden wird, weil ohne staatliche Impulse keine Rückkehr auf einen nachhaltigen und sozialverträglichen Wachstumskurs möglich sein wird. Mit Sparvorgaben und Schuldenbremsen wird jegliche Hoffnung auf mehr Arbeit und mehr Wohlstand in den Mitgliedstaaten abgewürgt.

Im Zentrum stehen die folgenden Forderungen:

- Es geht nicht an, dass in Europa ein Viertel aller Jugendlichen ohne Arbeit sind. Das ist Gift für die soziale Kohäsion und bedroht das europäische Einigungsprojekt. Alle Jugendlichen sollen ein Anrecht erhalten, bis spätestens vier Monate nach Schulende oder Beginn der Arbeitslosigkeit eine neue Arbeit oder eine Weiterbildung starten zu können. Europaweit müssen genügend hohe Mindestlöhne für alle Arbeitnehmenden ein Leben in Würde ermöglichen.

- Es braucht neben der Währungsunion auch eine Sozialunion: Die fundamentalen Sozialrechte, die das europäische Sozialmodell verkörpern, dürfen den Regeln des Binnenmarktes nicht untergeordnet werden. Die Mitbestimmung muss europaweit ausgebaut und die Position der ArbeiterInnen und Angestellten gegenüber den ArbeitgeberInnen und AktionärInnen gestärkt werden.

- Bildung ist ein Schlüsselement gegen die Arbeitslosigkeit. Eine fundierte Ausbildung und permanente Weiterbildung wird für die Arbeitnehmenden immer wichtiger werden. Die Staaten und die Wirtschaft müssen diese Investition in die Zukunft tragen und das nötige bildungsfreundliche Umfeld und den Zugang für alle sicherstellen.

- Der schleichenden Desindustrialisierung muss mit einer Cleantech-Strategie entgegen getreten werden. Investitionen in die effizientere Nutzung von Energie, Mobilität, Infrastruktur und Kommunikation versprechen einerseits Hunderttausende neuer Stellen und andererseits garantieren sie den ökologischen Umbau hin zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft und Gesellschaft.

- Grundlage einer Wachstumsstrategie muss vorab die Bekämpfung der Finanz- und Bankenkrise mit einer effektiven Regulierung und Aufsicht aller Finanzmarktakteure und ihrer Instrumente sein. Mit einer europäischen Finanztransaktionssteuer, die gegen 200 Milliarden Euro jährlich generieren kann, müssen die Lasten der Krisenbewältigung fair verteilt und die nötigen Mittel für den Wachstumspakt generiert werden. Dazu gehört ferner eine konsequente Bekämpfung des Steuerbetrugs, aber auch der sogenannten Steueroptimierung insbesondere durch Unternehmungen, die die europäischen Staaten – auch durch die Hilfe des Schweizer Finanzplatzes und der schweizerischen Gesetzgebung – jährlich Milliarden kosten.

- Die EU hat in den zwei Jahren weitreichende Beschlüsse gefällt, die auf eine bessere Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten und eine umfangreichere Überwachung der einzelstaatlichen wirtschaftspolitischen Massnahmen abzielen. Die EU fordert damit nicht weniger als das Recht, in die parlamentarische Budgethoheit der Mitgliedstaaten einzugreifen. Die Forderung nach „mehr Europa“ in der Fiskal- und Wirtschaftspolitik ist aus ökonomischer Sicht absolut berechtigt. Allerdings verschärft dieser Vorgang gleichzeitig das Demokratie- und Zentralismus-Problem in der EU erneut massiv. Ohne gleichzeitige Weiterentwicklung der Demokratie in Richtung eines föderalistischen und demokratisch verfassten Bundesstaates droht das ganze Projekt der Währungs-, Sozial- und Fiskal-Union an der ungenügenden demokratischen Legitimation zu scheitern.

Wir, Delegierten der SP Schweiz, unterstützen diesen Pakt der SozialistInnen und SozialdemokratInnen in der EU, im gemeinsamen Interesse eines sozialen, solidarischen, prosperierenden und friedlichen Europa.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme der Resolution

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Einstimmig Annahme bei einzelnen Enthaltungen

#### **R-4**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme der Resolution

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Einstimmige Annahme bei einer Enthaltung

## 12. Resolutionen

### Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz

Manuel Tornare, Nationalrat Kanton Genf stellt die Resolution R-2 vor.

#### R-2: Zeit für eine demokratische Lösung des Konflikts im Baskenland

Die Delegiertenversammlung der SP unterstützt die Bemühungen für eine friedliche Lösung des Konflikts im Baskenland. Es ist an der Zeit, die Rechte der Basken und Baskinnen zu respektieren. In den vergangenen zwei Jahren unternahm die baskische Gesellschaft wesentliche Schritte, um das Fundament für einen Friedensprozess zu legen. Erfahrene Konfliktvermittler standen ihr dabei zur Seite. An der zentralen internationalen Konferenz vom 17. Oktober 2011 zur Beilegung des Konflikts zwischen dem Baskenland, Spanien und Frankreich nahmen u.a. der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, die ehemaligen Regierungschefs von Irland und Norwegen, Bertie Ahern und Gro Harlem Brundtland, und der Verhandlungsführer im Nordirland-Konflikt Gerry Adams aus Irland teil. US-Präsident Jimmy Carter, der britische Ex-Premier Tony Blair und der US-Senator George Mitchell unterstützen die Friedensbemühungen ebenfalls.

Die gemeinsamen Anstrengungen haben dazu geführt, dass die Untergrundorganisation ETA am 20. Oktober 2011 ihren bewaffneten Kampf definitiv einstellte. Somit existieren solide Grundlagen für eine Verhandlungslösung, die zu einem gerechten und dauerhaften Frieden führen kann.

Die SP Schweiz begrüsst alle diese positive Schritte und bittet die spanische sowie die französische Regierung, den Dialog mit allen Akteuren im Baskenland aufzunehmen. Die SP ist der festen Überzeugung, dass alle am Konflikt Beteiligten in eine Lösung durch Dialog und Verhandlungen eingebunden sein sollten.

Die offenen Fragen der Entmilitarisierung des Baskenlands, der Opfer des Konflikts, der Gefangenen und der Menschen auf der Flucht benötigen einen zeitlich begrenzten, rechtlichen Rahmen für ihre Klärung.

Alle Parteien und sozialen Organisationen sollten ausserdem einen neuen politischen Konsens finden, der keinen Platz für Menschenrechtsverletzungen lässt.

In der Schweiz stehen Öffentlichkeit und Institutionen vor der Aufgabe, den in Gang gesetzten Prozess zu unterstützen, um eine endgültige Lösung dieses Konflikts im Herzen Europas herbeizuführen.

Wir, die Delegierten der SP Schweiz, erklären uns bereit, den Prozess für Frieden im Baskenland weiter zu begleiten und nach Kräften zu unterstützen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme der Resolution

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Einstimmige Annahme mit einer Enthaltung

## Resolution der JUSO Schweiz

Christian Levrat entschuldigt sich, dass ein so wichtiges Traktandum erst am Schluss behandelt wird. Er erklärt die ablehnende Haltung der Geschäftsleitung der SP Schweiz zum Antrag der JUSO. Eine klare Mehrheit in der Fraktion war nicht bereit, so SteuersünderInnen weiss zu waschen. Wir sind überzeugt, dass der automatische Informationsaustausch die Lösung für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung sein wird. Wir beantragen euch trotz ablehnender Haltung zur Abgeltungssteuer das Referendum nicht zu unterstützen. Es ist die falsche Strategie, auf die Abgeltungssteuer zu setzen. Gegen eine verpasste Chance, gegen eine falsche Strategie gibt es kein Referendum. Wir haben heute ausserdem andere Prioritäten, wir sammeln Unterschriften für die Erbschaftssteuerinitiative. Unsere Haltung zur Abstimmung zum Referendum werden wir später, wenn die Situation da ist, diskutieren.

Jean-Claude Rennwald, SP Jura: Für uns gibt es einige Gründe, das Referendum der JUSO gutzuheissen. Die SteuersünderInnen bleiben weiter anonym, es bedeutet eigentlich eine Steueramnestie für die SteuersünderInnen. Diese Abkommen sind so spitzfindig, dass man fast nicht glauben kann, dass die SP diese Abkommen verteidigt. Es gibt ein paar, die glauben, dass die Abkommen ein Schritt in Richtung automatischer Informationsaustausch sind, aber das stimmt nicht. Ob wir jetzt das Referendum ergreifen oder nicht spielt eigentlich keine Rolle, da ja bereits die AUNS das Referendum ergriffen hat, die Unterschriften werden also sowieso gesammelt. Wir würden jetzt recht doof dastehen, wenn wir jetzt Nein sagen zum Referendum aber nachher die Nein-Parole beschliessen sollten. Wir würden mit einem Referendum ausserdem unsere Partner in Deutschland, die SPD unterstützen.

Roland Näf, Präsident SP Kanton Bern: Ich bin absolut einig, was das Bankgeheimnis betrifft. Die Frage ist aber, wird es wirklich besser mit diesem Referendum, zusammen mit der AUNS. Das wäre ein Kampf für einen Status quo, der nicht besser ist.

Carlo Sommaruga, Nationalrat Genf: Was die JUSO möchte, ist eine linke Haltung aufzeigen gegen das Bankengeheimnis. Die Frage ist, die sich stellt ist eine taktische Frage. Sollen wir heute als SP Stellung nehmen, das ein Zufallsergebnis wäre oder wollen wir eine einheitliche Haltung der SP. Was ich vorschlagen würde ist folgendes: Wir sollten uns nicht mit den deutschen und französischen SP widersprechen und die JUSO sollte sich mit dem Referendum positionieren und ausserhalb der SP ein linkes Komitee bilden. Wenn die JUSO sich heute als linke Kraft positionieren will, dann sollte sie ihre Resolution zurückziehen und ein linkes Komitee gründen und ich wäre einer der ersten, der in einem solchen Komitee Einsitz nehmen würde.

David Roth, Präsident JUSO Schweiz: Führt nochmals die Gründe der JUSO für die Notwendigkeit der Ergreifung des Referendums aus. Das Referendum ist nicht eines gegen eine verpasste Chance, sondern gegen einen falschen Weg. Lieber machen wir gar nichts, als in die falsche Richtung zu gehen, wir verbauen uns die Möglichkeit, in die richtige Richtung zu gehen, wenn wir den Abkommen zustimmen. Es kann nicht sein, dass wir dann plötzlich diese Abkommen verteidigen müssen, zusammen mit den Banken. Wir sehen aber, dass die SP zwei andere sehr wichtige Projekte hat, für das jetzt Unterschriften gesammelt werden müssen. Die JUSO wird das Referendum ergreifen und wir haben bereits von vielen SPlerInnen Unterstützung zugesichert erhalten. Wir werden uns freuen, mit diesen Leuten das Referendum ergreifen aber heute unseren Antrag zurückziehen. Ihr findet auf den Tischen Zettel um das Referendum zu unterstützen, wir würden uns freuen wenn ihr diese ausfüllt.

Stéphane Rossini: Damit ist die Resolution zurückgezogen und es kommt nicht zur Abstimmung.

## R-3: Nein zur Rettung des Bankgeheimnis!

### Antrag an die GL der SP Schweiz

Die SP Schweiz ergreift ein **Referendum gegen eines der Steuerabkommen** oder das Umsetzungsgesetz. Der Entscheid, ob das Referendum gegen das Umsetzungsgesetz oder eines der Steuerabkommen ergriffen wird, wird dem Präsidium überlassen.

## **Begründung**

Die Abgeltungssteuer ist ein Projekt der Banken und der bürgerlichen Parteien. Es ist ein Modell, das auf der Anonymität der Bankkunden beruht und dies, obwohl international alles auf einen automatischen Informationsaustausch hinaus läuft. Dieses Abkommen ist ein erneuter, verzweifelter Versuch, Teile der parasitären Geschäftsmodelle der Schweizer Banken zu retten und dem Bankgeheimnis eine weitere Gnadenfrist einzuräumen. Die Abgeltungssteuer ist kein Schritt in Richtung automatischer Informationsaustausch, sondern der Versuch, diesen zu verhindern und kollidiert deshalb mit den langfristigen Bemühungen der SP.

Es ist absehbar, dass sich die Schweiz mit solchen Steuerabkommen nicht dem Druck aller anderen Länder widersetzen können. Vielmehr wird die Schweiz weiterhin über Jahre hinweg in den Schlagzeilen der Weltpresse als Hafen für Steuerhinterziehung gelten und einen Grossteil der Aussenpolitik auf die Bedürfnisse der Banken ausrichten müssen. Dieser Schutz der Banken auf Kosten aller anderen ist nicht tragbar. Politisch und wirtschaftlich einflussreiche Länder werden sich dank dieses Druckes vorteilhafte Verträge aushandeln können, gerade ärmere Länder werden aussen vor bleiben.

Diese Abkommen festigen zudem die Regelungen im Inland. Die deutschen Behörden werden bei einer Ratifizierung dieses Abkommens mehr Instrumente zur Verfolgung von SteueründerInnen in der Hand haben, als die Schweizer Behörden. Damit schwächen wir den eigenen Kampf gegen die Steuerhinterziehung in der Schweiz.

Es zeichnet sich ab, dass die AUNS das Referendum ergreifen wird. Ihre Kernbotschaft wird sein: "Wer für dieses Abkommen ist, verrät die Banken, das Bankgeheimnis und damit die Schweiz."

Wir sind aus einem ganz anderen Grund gegen diese Steuerabkommen: Wir wollen raus aus der Geiselhaft der Banken und keinen Rückzug auf Raten. Unsere Politik soll sich nicht länger nach den Wünschen der Banken ausrichten.

Um den Diskurs endlich in diesem Rahmen führen zu können, ist es zentral, dass wir dieses Feld zu keinem Zeitpunkt der AUNS alleine überlassen.

Die Banken sind Profiteure einer Politik die ihnen aus der Hand frisst. Die SP Schweiz sollte nicht dazu gehören.

## **Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen**

Begründung: Mit einem Referendum würden wir den Status Quo verteidigen. Das kann aber nicht unser Ziel sein. Wir lehnen die Abkommen ab, weil wir befürchten, dass der sich abzeichnende internationale Standard des automatischen Informationsaustausches dadurch das Konzept Abgeltungssteuer verzögert werden könnte. Wir müssen uns also für den automatischen Informationsaustausch engagieren und nicht die geltende Gesetzgebung ohne Vergangenheitslösung am Leben erhalten.

## **Beschluss der Delegiertenversammlung:**

### **13. Schluss/Apéro**

Stéphane Rossini bedankt sich bei den Übersetzung, der Technik und dem Zentralsekretariat der SP Schweiz. Er bedankt sich für das Erscheinen, wünscht eine gute Heimreise und verweist auf den Parteitag am 8./9. September 2012 in Lugano.

Schluss der Delegiertenversammlung: 16.00 Uhr

Für das Protokoll: Kristina Schüpbach